

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1855**

15.5.1855 (No. 114)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 15. Mai.

N. 114.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einschickungsgebühr: die gepaltene Postzeitung ober deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14 woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1855.

## \*\* Aus dem englischen Parlament.

**London, 11. Mai.** In der gestrigen Oberhaus-Sitzung zeigte Carl Grey auf Montag, den 21. d., folgende Motion an:

Auf eine ergebene Adresse an Ihre Majestät, um Ihrer Majestät Dank zu sagen für den Befehl zur Vorlegung der Protokolle über die neulichen Wiener Unterhandlungen; Ihre Majestät davon in Kenntniss zu setzen, daß dieses Haus es tief beklagt, daß der Versuch, den Drangsalen des gegenwärtigen Krieges ein Ziel zu setzen, fehlgeschlagen ist; und unsere Meinung auszusprechen, daß Russlands Vorschläge geeignet waren, eine billige Aussicht auf einen Friedensschluß zu bieten, durch welchen alle ursprünglichen Zwecke des Krieges zu erreichen gewesen wären, und durch welchen Ihre Majestät und deren Allirte alle Vortheile, die man vernünftiger Weise von Ausland fordern kann, hätten erlangen können. (Hört!)

In der gestrigen Unterhaus-Sitzung erwiederte Lord Palmerston auf eine Frage von Mr. F. French, die Erfindungen von Lord Dundonald betreffend, die Pläne seien mehreren Koryphäen der Wissenschaft, u. A. dem Dr. Playfair und den Professoren Faraday und Graham, zur Begutachtung vorgelegt worden; er zweifle, ob die Anregung neuer Diskussionen über den Gegenstand etwas frommen könne. Der Redner bemerkt dann in Bezug auf die von Mr. Layard auf nächsten Montag angefündigte Motion, die Regierung sei bereit, darauf einzugehen, daß die Motion als Hauptgegenstand der Debatte gleich beim Beginn der Sitzung vorgebracht werden würde; er wolle zu diesem Zweck am Montag den Aufschub der Geschäftsordnung bis nach Erledigung dieser Motion beantragen. (Hört, hört!) Mr. Bright bittet um Erlaubniß, den edlen Lord an der Spitze der Regierung mit einer Frage in Bezug auf die vorgelegten Protokolle zu belästigen. In einer Stelle, die im letzten Protokoll vorkommt, spreche die österreichische Regierung ihre Ansicht über den russischen Friedensvorschlag aus. Der österreichische Minister sagte nämlich, der Vorschlag erscheine ihm praktisch anwendbar und jedenfalls diskutirungsfähig zu sein; er enthalte die Elemente, aus denen Oesterreich irgend ein Projekt zu entwickeln suchen werde, das zur Lösung der schwebenden Streitfrage führen dürfte. Er wünscht deshalb zu wissen, ob die österreichische Regierung seit dem Datum des letzten Protokolls, dem 26. April, irgend einen Vorschlag eingereicht hat, und ob in solchem Fall der edle Lord im Stande sei, denselben eben so vollständig wie die andern Propositionen vorzulegen? Er möchte auch wissen, ob außer diesem österreichischen Projekt etwaige andere vorliegen, da das Gerücht von einem Pariser Projekt stark umgehe; und ferner, ob man annehmen soll, daß die Unterhandlungen jetzt definitiv geschlossen seien? Er stelle die letztere Frage, weil er keine Motion über das Kapitel der Unterhandlungen zu stellen wünscht, wenn dieselben noch nicht unwiderstehlich zu Ende sind. (Hört, hört!) Lord Palmerston: Seit dem Zeitpunkt, von welchem das ehrenwerthe Mitglied spricht, hat die österreichische Regierung keinerlei förmliche oder geschriebene Vorschläge gemacht. Mühselige Mittheilungen haben wohl zwischen der österreichischen Regierung und denen Englands und Frankreichs stattgefunden, ebenso zwischen der französischen und englischen Regierung; aber das ehrenwerthe Mitglied und das Haus sehen wohl ein, daß es bei den jetzigen Beziehungen der drei Regierungen nicht im Interesse des Staats wäre, über jene Mittheilungen detaillirte Aufschlüsse zu geben. (Hört, hört!) Auf die Frage, ob die Unterhandlungen ganz abgebrochen sind, muß ich dieselbe Antwort, wie an einem frühern Abend geben, — nämlich, daß die Elemente der Konferenz in Wien permanent vorhanden sind, indem sich in jener Hauptstadt die Vertreter der britischen, französischen, türkischen, russischen, und natürlich auch der österreichischen Regierung befinden. Mr. Bright glaubt aus dieser Antwort schließen zu dürfen, daß die Regierung gegen eine Motion und vollständige Diskussion über die Unterhandlungen Nichts habe. Lord Palmerston widerspricht; er hält eine Diskussion nicht für statthaft; die Regierung könne sich auf keine Detailaufschlüsse einlassen.

Sir E. Peery beantragt einen Sonderauschuß zur Untersuchung der Frage, auf welche Weise die Armeen in Indien für den Krieg in Europa am besten verfügbar gemacht werden könnten, und welche Schritte nöthig seien, falls es zweckmäßig erachtet wird, um die Armeen der ostindischen Gesellschaft in eine königliche umzugestalten. Die indische Armee besteht, wie er aus amtlichen Aktenauszügen nachweist, aus 400,000 Mann Eingebornen und 57,000 Mann Europäern. Redner glaubt, daß diese Armee eine angemessene Verwendung finden und die entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Sir De Lacy Evans sekundirt. Sir J. Fitzgerald bekämpft den Antrag, weil er die Schwierigkeiten für ganz unübersteiglich hält. Ebenso äußert sich Oberst Dunne. Sir J. B. Hogg (Mitglied für Honiton und ein ostindischer Direktor) wendet ein, daß es weder einem Parliamentsauschuß, noch selbst der Regierung, sondern allein der Kompagnie zukomme, über die Frage zu entscheiden. Seiner Meinung nach war die indische Armee stets und hinlänglich für europäische Zwecke verwendbar. Eine Verschmelzung beider Armeen aber sei nicht nur schwie-

rig, sondern völlig unausführbar, da beide Heere einen ganz entgegengesetzten Charakter hätten. Sir De Lacy Evans befreit fast alle Argumente des vorigen Redners. Mr. Vernon Smith (Präsident des Kontrolamts) verpflichtet fast unbedingt den Segnern des Antrags bei. Wenn eine Untersuchung schon am Platz wäre, so würde sie am besten durch eine königl. Kommission geschehen. Er hofft, der Antragsteller werde nicht auf Abstimmung dringen. Nachdem noch einige Mitglieder gesprochen, wird der Antrag mit 171 gegen 62 Stimmen verworfen. Schließlich erbitet sich Mr. Layard die Erlaubniß, zu bemerken, daß der Premier ihn mißverstanden habe. Als er früher um Anberaumung eines Tages bat, hieß ihn der Premier, sich selbst einen suchen. Da kommenden Montag eine wichtige Motion in einem andern Hause (Lord Ellenborough's Motion) zur Diskussion kommt, so werde es vielleicht gelegen sein, daß er seine Resolutionen später beantrage. (Beifall.)

**London, 12. Mai.** In der gestrigen Unterhaus-Sitzung zeigt Mr. Gibson auf einen der nächsten Tage eine (mit Carl Grey's Antrag Hand in Hand gehende) Motion an, — worin es schließlich heißt: „Ihrer Majestät die Ansicht dieses Hauses zu erkennen zu geben, daß in den von Rußland in Bezug auf das Prinzip desselben dritten Punktes gemachten Vorschlägen die Elemente zu einer neuen Unterhandlung enthalten sind, und daß jene Vorschläge das Mittel zur Erlangung eines ehrenvollen und befriedigenden Friedens bieten.“ (Rein! Rein! von einigen Mitgliedern.) Auf eine Anfrage Mr. Duncombe's bemerkt Lord Palmerston, er wisse noch nicht, ob die Resultate der Kommission, die zum Studium der französischen Militärorganisation nach Paris abgeordnet und von der Regierung unseres Allirten mit der freundschaftlichsten Zuvoorkommenheit aufgenommen wurde, sich für die Öffentlichkeit eignen; da es sich dabei großentheils um Gegenstände von vertraulicher Natur handelt. Jedenfalls bedürfte es dazu der Einwilligung der französischen Regierung. (Hört, hört!) Auf eine Frage von Mr. Grogan wegen des Krimtelegraphen verweist Lord Palmerston auf die in den Zeitungen veröffentlichte Depesche Lord Raglan's vom 10. Mai und macht darauf aufmerksam, daß der Wortlaut der in Briefen geschriebenen Depeschen nicht gegeben werden kann, um den Schlüssel geheim zu halten. (Hört, hört!) Lord Raglan's Antwortschreiben auf eine wichtige Depesche des Herzogs von Newcastle, welche letzterer dem Sebastopolkomitee vorgelegt hat, werde die Regierung — so erklärt der Premier auf eine Interpellation Lord Hotham's — ziemlich vollständig dem Auschuß mittheilen können. Mr. French fragt darauf das ehrenwerthe und tapfere Mitglied für Abingdon (Major Reed), ob er es nicht für gerathen halte, die von ihm auf heute Abend angezeigte Motion, „die Lage des Landes“ betreffend, fallen zu lassen, da das ehrenwerthe Mitglied für Aylesbury (Layard) einen Antrag derselben Tendenz angemeldet hat? (Hört, hört!) Major Reed kann zwischen seiner eigenen und Layard's Motion keine Neulichkeit entdecken. Letzteres Mitglied habe eine Art Tadelvotum gegen die Regierung im Sinn; er dagegen, als ein unabhängiges Mitglied, wolle die Regierung, die sich in einer schwierigen Lage befinde, nach Kräften unterstützen (Gelächter) und ihr Gelegenheit geben, die Nation durch eine offene Erklärung zu beruhigen. Somit erlaubt er sich, Ihrer Majestät Regierung auf den kritischen Stand der Dinge und das alle Klassen der Gesellschaft beklemmende Gefühl der Bangigkeit und Unzufriedenheit aufmerksam zu machen und fordert sie auf, den bedenklischen Folgen populärer Demonstrationen durch zeitgemäße Reformmaßregeln vorzubeugen. Bisher habe Lord Palmerston's Kabinett den hohen Hoffnungen des Landes nicht entsprochen, und der Oppositionsvorwurf, daß der edle Lord zu denen gehöre, die außer dem Amt die Demokraten spielen und im Amt Dilettanten werden, erscheine nicht unverdient. Wenn der Premier jetzt eine befriedigende Eröffnung machen könne, so dürfe er auf seine (Reed's) Unterstützung zählen. (Gelächter.) Andernfalls gehe sein Kabinett in Trümmer. Somit rufe er ihm zu (wie Helgebub in Milton angerufen wird): „Erwach, ersehe, oder fall' auf ewig!“ (Gelächter.)

Lord Palmerston (der die Szene mit Reed arrangirt zu haben scheint) versichert, daß er bei der Bildung seines Kabinetts vor Allem sein Augenmerk auf Männer von Talent und Geschäftskennntniß richtete; aber in diesem handeltreibenden Lande sei es nicht gerade leicht, die besten Männer ihren Geschäften zu entziehen und für den Staatsdienst zu gewinnen. Vergleichen habe Lord Derby sich bemüht, Mr. Thom. Baring zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen, und ihm (Palmerston) selbst gab Mr. Laing einen Korb. Er gebe die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen in vielen Departementen zu, aber viele Verbesserungen seien bereits durchgeführt, und viele im Gange. Die Heerverpflanzung sei unter das Kriegsministerium gestellt, und aus dem Landtransportdienst ein besonderes Departement geschaffen worden. Eben so günstig erscheine die Reorganisation des ärztlichen Departements, des Spitalwesens, und des Seetransportdienstes. Ausführlich schildert er die Pläne Lord Palmerston's zur möglichst vollständigen Zentralisation der Armeeverwaltung, d. h. zur Abschaffung des Zeugamtstollegiums,

so daß der Kriegsminister die ganze militärische Verwaltung — die Disziplin und das Avancement ausgenommen — unter seiner Kontrolle haben werde. Natürlich könnten diese Reformen im Drang der Umstände nicht mit Blütheschnelle vor sich gehen; allein er vertraut auf die gütige Geduld und Einsicht des Hauses, und versichert, daß die Regierung ebenso, wie das Land, die Wichtigkeit des großen Kampfes fühle, dessen Ausgang entscheiden müsse, ob England und Frankreich zu Staaten zweiten Ranges herabsinken und den Jaaren in Petersburg als Diktator Europa's anerkennen sollen. (Beifall.) Mr. Disraeli kritisiert (unter häufigen Hört! Hört!) die schlaue Taktik der Regierung, die sich bequeme Interpellationen zu bestellen wisse, findet das Reformenprogramm etwas mager, und behält sich ein erschöpfendes Urtheil darüber vor, bis der Kriegsminister seine Schöpfung dem Parlament vollständig enthüllt hat. (Beifall.) Die dritte Lesung der Zeitungstempel-Bill geht, nach einigen Plänkelleien ohne Interesse, mit 138 gegen 60 Stimmen durch.

Mr. Layard hat den Wortlaut seiner Motion einigermaßen abgeändert, um die Annahme wahrscheinlicher zu machen. Wenigstens hat eine große Anzahl liberaler Mitglieder ihm unter dieser Bedingung ihre Stimmen zugesagt.

## \*\* Orientalische Angelegenheiten.

(Zur Situation.) Mit dem Rücktritt des Hrn. Drouyn de Lhuys und der Verwerfung des österreichischen Ausgleichsvorschlags haben die Wiener Konferenzverhandlungen ihr vorläufiges Ende gefunden. Seitdem sind verschiedene Erscheinungen zu Tage getreten, die vielleicht ganz neue und folgereiche politische Entwicklungen im Schooße tragen.

Das Scheitern der Verhandlungen bedeutete für die Mächte, die sich bereits im Kriege befanden, die Fortsetzung desselben mit gesteigerter Kraft. Rußland fürchtet den Krieg mit den Westmächten allein nicht. Die Gründe haben wir oft erörtert. Dazu kommt die Ermuthigung, die es aus dem bisherigen Verlauf der Belagerung von Sebastopol schöpft. Preußen und den Deutschen Bund glaubt es durch seine neuesten Konzeptionen beschwichtigt, und um ganz sicher zu gehen, hat es den deutschen Regierungen die Aufrechterhaltung derselben für alle Umstände jetzt direkt zugesagt. Oesterreich gegenüber hat es die nächsten Gründe zum Anstoß ebenfalls beseitigt, und demselben zugleich nach Kräften in Preußen und Deutschland das Wasser abgegraben. Wie stark oder schwach seine Besorgnisse sind, daß Oesterreich jetzt dennoch loszuschlagen möchte, wo die Diskussion, wie sie einmal geführt, beziehungsweise eingegrenzt worden, wesentlich nur noch die Pontusfrage unvereinigt gelassen hat, sieht dahin; schlimmsten Falls scheint es entschlossen, den Kampf auch mit Oesterreich aufzunehmen. Seine Position ist also ziemlich nett.

Nicht so bei den Westmächten. Sie gehen mit sehr verschiedenartigen Stimmungen im Herzen an die Fortsetzung dieses Krieges. Sie hatten darauf gerechnet, daß die Solidarität der europäischen Interessen das gesammte Europa allmählig auch zur praktischen Durchsetzung einer Sache vereinigen werde, die von dem europäischen Arotopag so gut wie in allen ihren Theilen übereinstimmend für eine rechte und gerechte erklärt worden war. Hier aber haben sie eine Täuschung nach der andern erlebt. Bis heute hat das ganze Gewicht der kriegerischen Aktion auf ihren Schultern allein gelegen, und es hat ganz den Anschein, als solle es auch in Zukunft allein darauf liegen bleiben. Hat schon die Aussicht auf einen so schweren Kampf einen Charakter wie den Kaiser Napoleon einen Augenblick schwankend machen können, so wird man sich nicht wundern, wenn diese Bedenken im englischen Parlament ihren deutlichen Ausdruck finden. Es ist geschehen in der Ankündigung von Motionen im Ober- und Unterhaus, dahin gehend, daß das Parlament erklären möge, es sehe in den letzten russischen Vorschlägen Momente zu einer friedlichen Ausgleichung. Dort ist die Motion ausgegangen von Carl Grey, einem Führer der Whigs und früher mehrmals Minister; hier von Mr. Milner Gibson, einem Mitglied der Manchesterpartei (der kommerziell-liberalistischen, von Sparsamkeits- und Friedens-tendenzen à la Clichu Buritt tangirten Fraktion). Heute (Montag) sollten diese Motionen in Szene gehen.

Gleichzeitig tritt eine Erscheinung mehr in den Vordergrund, die mit Recht die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich zieht. Nachdem früher die polnischen Elemente aus Rücksicht auf Oesterreich und Preußen mit strepuloester Aengstlichkeit ferngehalten worden waren, scheint man nunmehr drauf und dran zu sein, die bisher unbenützt gelassenen Kräfte nicht mehr ganz zu verschmähen. Schon vor einiger Zeit durfte ein Polenhäuflein, freilich nicht unter nationaler Fahne, aus England nach dem Orient abgehen; jetzt konnten sich Polendemonstrationen in Frankreich sogar dem Throne nahen, wo sie nichts weniger als ungnädig aufgenommen wurden. Liegt darin ein Akt der Selbsthilfe? Bedeuten die Demonstrationen eine Drohung? Sind sie Ernst? Vielleicht Alles zusammen. Die Zukunft wird es zeigen. Was aber auch beabsichtigt wird, zweckmäßig kann schwerlich eine

Politik genannt werden, die, wie uns scheint, die anderwärts bestehenden freundschaftlichen Gesinnungen abkühlen, die feindlichen verstärken, den Widerstand im Ganzen erhöhen würde. Gleichzeitig werden im Westen alle möglichen Anstalten getroffen, um den Krieg aufs energischste fortzuführen. Gerüchte sprechen überdies noch von bevorstehenden außerordentlichen Kraftanstrengungen. Es mag genügen, sie unten kurz zu signalisieren.

Ueber **Deſterreich** haben wir in den letzten Nummern uns so eingehend verbreitet, daß vorerst nicht viel mehr beizufügen ist. Man muß die Dinge sich entwickeln lassen. Un-erwähnt soll jedoch nicht bleiben, daß seit dem Wiederer-treffen des Grafen Esterhazy auf seinem Posten zu Berlin, das mit dem Eintreffen des Hrn. v. Bismark in der preu-ßischen Hauptstadt zusammenfällt, vielfache Gerüchte von er-neuten Unterhandlungen zwischen den beiden deutschen Groß-mächten in Umlauf gekommen sind. Selbst die Berliner offi-ziösen Korrespondenten sprechen davon, daß „allem Anschein nach“ wieder Wichtiges zwischen den beiden Kabinetten im Werk sei, und gewisse österreichische Stimmen ließen gleich-zeitig ebenfalls allerlei von einem „wünschenswerthen Hand-in-Hand-gehen“ beider Mächte fallen. Doch haben diese Gerüchte noch keinen rechten Halt gewonnen, und dieselben offiziellen Berliner Federer sind zugleich wiederum sichtlich mit dem Mißtrauen erfüllt, daß Deſterreich doch wieder Dinge im Schilde führen dürfte, die nicht nach ihrem Ge-schmack sind, d. h. daß Deſterreich schließlich vielleicht doch ins Zeug gehen, und möglicher Weise Preußen sogar abermals eine Strecke weiter nach sich ziehen wolle. Inzwischen hat der neueste Verlauf der orientalischen Verwicklungen dem preußischen Standpunkt unverkennbar manche Vortheile gebracht, insofern er, Dank der Feinheit der russischen Diplomatie, die Kraft des Widerstandes in Deutschland verstärkte; und so sollte man mei-nen, daß, wenn wirklich an einer Annäherung zwischen den deut-schen Großmächten gearbeitet würde, dieselbe mehr eine Hin-neigung Deſterreichs an Preußen, als umgekehrt bedeuten müßte. Doch alles Das liegt noch im Dunkeln. Ein ernst-liches Angreifen der Polenfrage im Westen — daran ist nicht zu zweifeln — wäre vielleicht das beste Mittel, bald Klarheit zu bringen, aber eine Klarheit, wie sie in England und Frankreich nicht sehr willkommen sein könnte. Borerst wird Deſterreich schwerlich Etwas thun, was mit seinen moralischen Verbindlichkeiten für die Westmächte im Wider-streit wäre. Auch neue Ausgleichungsversuche wird es sich wohl nicht verdrücken lassen.

**Frankfurt**, 11. Mai. Dem „Nürnb. Korresp.“ wird telegraphirt: „Man spricht von einer russischen Depesche vom Ende April, die den Gesandten bei einigen deutschen Höfen mitgetheilt worden sein und erklären soll: Rußland trage der deutschen Politik Rechnung und hoffe, daß sie fort-gesetzt werde. Rußland werde daher unter allen Eventuali-täten des Krieges die den beiden ersten Punkten gegebene Lösung aufrecht erhalten.“

**Paris**, 11. Mai. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Die Veröffentlichung der beiden polnischen Aktenstücke im „Moni-teur“ hat eine ungeheure Sensation in Paris erregt. Die Wiederherstellung Polens wird darin offen besprochen, und deren Veröffentlichung im „Moniteur“ scheint zu beweisen, daß man in Zukunft eine andere Politik befolgen und sich nicht mehr viel darum kümmern dürfte, was man in Wien sagt. Wie man darüber höchsten Orts denkt, geht übrigens deutlich aus der Antwort des Kaisers an die Polendeputa-tion hervor. Dieselbe lautet, wie folgt: „Ich bin tief ge-rührt durch die mir in Ihrer Adresse ausgedrückten Gefühle. Ich erwartete Ihrerseits eine Manifestation dieser Art. Bis jetzt konnte ich für Polen nicht Das thun, was ich zu thun gewünscht hätte. Aber heute läßt mich der Gang der Dinge hoffen, Ihnen nützlich sein zu können, indem ich das Werk Deſſen fortsetze, Deſſen Erbe ich bin.“ Nicht ohne Interesse ist es, daß sich in der Deputation, die dem Kaiser die polni-sche Adresse übergab, auch Adam Mikiewicz befand, der im Jahr 1849 Chefredakteur der „Tribune des Peuples“ war. Was die Bildung der polnischen Legion anbelangt, so sind die Cadres derselben bereits gebildet. Man glaubt, daß sie binnen kurzem ins Feld rücken werde.

**Paris**, 12. Mai. Die „Indép. Belge“ bringt einen neuen Beitrag zur Erklärung des Rücktritts des Hrn. Drouyn de Lhuys und was damit zusammenhängt, der uns wichtig genug dünkt, um hier berücksichtigt zu werden. Das belgische Blatt bestätigt, daß die österreichischen Bevoll-mächtigten schließlich ihren französischen und englischen Koll-egen einen Vorschlag mit dem Anerbieten vorgelegt haben, denselben als Ultimatum nach St. Petersburg abgehen zu lassen, wenn er die Zustimmung der Westmächte gefunden hätte. Derselbe lief nicht so sehr auf eine Reduktion der rus-sischen Seestreitkräfte im Pontus hinaus, als vielmehr auf eine Egalisation. Rußland sollte künftig eine im Gan-zen nur wenig geringere Seemacht halten dürfen, als vor Ausbruch des Krieges; aber die Türkei sollte durch eine gleich starke Seemacht, sei es eine eigene oder westmäch-tliche, geschützt bleiben. Sodann sollte eine dauernde Koalition der Dezember ver-bündeten und der Türkei gegen jeden künftigen Angriff auf die Integrität des ottomanischen Gebietes und der Sou-veränität des Sultans bestehen. Im Fall Rußland nicht darauf eingehen würde, wollte sich Deſterreich zur sofortigen Eröffnung der Feindseligkeiten verpflichten.

Lord J. Russell und Hr. Drouyn de Lhuys hielten diesen Vorschlag für annehmbar und gaben ihm ihre persö-nliche Zustimmung (denn zu der offiziellen hatten sie keine Vollmacht). Sie sagten zugleich ihre persönliche Ver-wandlung bei ihren resp. Kabinetten zu. Der Kaiser Napo-leon, sorgfältig das Für und Wider erwägend, zögerte mit seiner Antwort; die Majorität des englischen Kabinetts aber verwarf den Vorschlag rasch und entschieden. Dieselbe Ent-scheidung gab nun auch L. Napoleon, der übrigens seinen Minister auf sehr wohlwollende Weise entließ. Der Artikel gibt zu verstehen, daß man in Paris die großen Vortheile,

die der Vorschlag an sich nicht minder wie die damit zusam-menhängende Verpflichtung Deſterreichs zur Kooperation bot, sehr wohl erkannt habe, daß man ihn aber nicht nur aus Rücksicht auf England, sondern namentlich auch auf die na-tionale und militärische Ehre Frankreichs glaubte ablehnen zu müssen. (Wie bedeutsam die Aufschlüsse der „Indép. Belge“ über den französischen Ministerwechsel sind, geht wohl schon daraus hervor, daß der „Moniteur“ einen der bezüg-lichen Artikel nachdruckt. — D. Red.)

**Berlin**, 13. Mai. Wir geben ein paar Aeußerungen aus den neuesten Nummern der „Kreuzzeitung“, wie sie uns gerade in die Augen fallen:

So lange als möglich wird Deſterreich den Krieg gewiß vermeiden; wie lange Das aber angeht, kann Niemand sagen.

Preußen — das hoffen wir zuversichtlich — wird auch fernerhin seine jetzige Stellung wahren. Je treuer aber Preußen zum Bunde steht und je fester der Deutsche Bund sich an Preußen anschließt, desto ehrenvoller wird die Rolle sein, die Deutschland während der jetzigen Krisis spielt.

Caeterum censeo, d. h. immer aufs Neue ist zu fragen, ob es vor Gott und Menschen gerechtfertigt sei, das Leben nur eines einzigen Christen für die Fortdauer der Herrschaft des Islam in Europa zu opfern?

Aus dem Norden.

**St. Petersburg**, 5. Mai. Von den einzelnen Scharen der Reichsmilitz, deren jede tausend Mann zählen soll, sind die Ernennungen von Führern bereits bis zur Ordnungsn-ummer 164 gediehen, wonach die Zahl sämtlicher Reichs-wehrmannschaften sich also auf 164,000 Mann beläuft.

**Helsingfors**, 26. April. Die diesjährige Schiffsahrt ist jetzt eröffnet, aber möglicher Weise wird der Beginn derselben zugleich deren Schluß sein, denn es sollen bereits drei englische Kriegs-Dampfschiffe von Hangöudd aus in Sicht gewesen sein.

**Wisby**, auf Gotthland, 2. Mai. (D. A. Z.) Die Stadt Reval wird bereits von englischen Dampfmaschinen bloßirt. Im sogenannten Alandsmeere, dem baltischen Theil desselben, befindet sich nach Aussage der Fischer noch viel Eis, so daß die Post noch vor vierzehn Tagen von der schwedischen nach der finnländischen Küste über dasselbe mittelst Schlitten ge-führt werden konnte.

**London**, 12. Mai. In Portsmouth ist die Nach-richt angekommen, daß die Blockade sämtlicher russischen Häfen durch das Fregatengeschwader am 29. April in voller Kraft war. Hango war noch eingeeist; da dort das Eis gewöhnlich zuerst aufgeht, so war kein Zweifel, daß die Schiffsahrt bei Kronstadt und Sweaborg noch völlig ge-sperrt ist.

Krimm.

**London**, 11. Mai. Das Kriegsministerium ver-öffentlicht folgende Depesche von Lord Raglan: Vor Se-bastopol, 10. Mai. Die Russen machten diesen Morgen mit einer großen Truppenabtheilung einen Ausfall gegen unsere rechten vorgeschobenen Laufgraben, wurden aber im Ra zurückgeschlagen. Ein zweiter und ähnlicher Versuch hatte dasselbe Schicksal. Nichts konnte über die Haltung der Truppen ges, die an der Affaire Theil nahmen. Der Verlust des Feindes war bedeutend.

\* Das bei Konstantinopel konzentrierte Korps des Generals Regnault de St. Jean d'Angely ist in voller Einschiffung nach der Krim begriffen. Nach seiner Ankunft wird die dortige französische Armee (nach offiziellen Angaben) allein 120,000 Mann stark sein. Dazu kommen noch ca. 20,000 Engländer, 30, bis 40,000 Türken, und 15,000 Sardinier, so daß die Allirten in Kürze 180, bis 190,000 Mann und mehr stark sein werden. Die Ent-sendung eines Expeditionskorps mag eben so sehr durch stra-tegische und taktische Rücksichten, wie durch die Ueberfüllung des kleinen okkupirten Raumes der Chersonesischen Landspitze bedingt worden sein. Sein Ziel ist noch nicht bekannt. Viel-leicht handelt es sich um eine Landung zu Kaffa zur Aus-führung des ursprünglichen Operationsplans. Vielleicht soll die Ausschiffung bei Kertsch vor sich gehen, vielleicht bei Anapa an der asiatischen Küste, um den Gebirgsvölkern die Hand zu reichen.

**Odeſſa**, 6. Mai. Hiesige Nachrichten aus der Krim sind erst vom 30. April datirt und melden Nichts von Be-deutung. Graf Stroganoff soll statt des Generals Annen-koff zum Generalgouverneur von Neurußland und Bessarabien ernannt sein.

**St. Petersburg**, 5. Mai. Nach Angabe des Gene-ralstabsarztes der Krimarmee, Wirl. Geheimraths Schrei-ber, sind seit Eröffnung der Feindseligkeiten auf der genaant-ten Halbinsel bis zum 13. März von den Landtruppen 15,123 Mann verwundet worden. Davon sind 7377 genesen und wieder in den Dienst eingetreten; 169 sind be-deutenden chirurgischen Operationen unterzogen worden, und 3015 erwarten demnächst ihre Genesung.

**St. Petersburg**, 11. Mai. Die „R. Pr. Ztg.“ bringt folgende tel. Depesche: Der Fürst Gortschakoff meldet aus Sebastopol unter dem 6. Mai: Vom 5. bis zum 6. Mai hat sich der Feind hauptsächlich damit beschäftigt, seine Bat-terien zu vermehren und seine Approchen gegen die Bastion Nr. 5 zu verstärken. Auf diese Bastion, ebenso wie auf die Bastion Nr. 4 und die Redouten Selenginsk und Wolynsk, war das Feuer des Feindes mit besonderer Lebhaftigkeit ge-richtet; wir haben ihm indeß mit Erfolg geantwortet. Fern-er hat der Feind in der Nacht vom 3. zum 4. Mai, ohne uns zu schaden, zwei Minen gesprengt, um seine alten Trich-tergruben zu gewinnen; unsererseits haben wir ihm wieder mit mehreren Querschmitten entgegengearbeitet. In der Nacht vom 4. zum 5. Mai machten wir einen kleinen, aber glück-lichen Ausfall; wir nahmen einen englischen Dfifizier und drei Soldaten gefangen. Im Lauf dieser Tage sind drei Pulver-magazine in den feindlichen Batterien in die Luft gesprengt

worden. Am Abend des 1. Mai ist der größte Theil der feindlichen Flotte in See gestochen, wie man sagt, mit zehn- bis fünfzehntausend Mann an Bord. Am folgenden Tage sah man sie an Jalta vor-übersegeln; man glaubt, daß ihr Kurs nach der Küste von Anapa sei.

Deutschland.

†† **Karlsruhe**, 13. Mai. Durch allerhöchste Ordre vom 9. d. ist dem Generalmajor v. Vorbeck, Komman-danten der 1. Infanteriebrigade, die unterthänigst nachge-suchte Erlaubniß ertheilt worden, den ihm von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland verliehenen St.-Stanislaus-Orden erster Klasse annehmen und tragen zu dürfen. Die gleiche Erlaubniß erhielt Leutnant v. Gemmingen im 3. Dra-gonerregiment für den ihm von Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland verliehenen St.-Stanislaus-Orden 3. Klasse. — Durch a. h. Ordre Nr. 50 vom 11. d. wird Oberleutnant v. Pieren vom 2. Infanterieregiment wegen anhaltender Kränklichkeit bis zu Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

†† **Mannheim**, 14. Mai. Die diesjährigen Rekruten des hier liegenden Infanterieregiments werden heute aberer-zirt und nehmen morgen die gewöhnlichen Uebungen im Feuer vor. Die junge Mannschaft war in den verschiedenen Exercitien, Ausmärschen resp. Gefechtsübungen und Refo-gnosirungen, deren viele vorgenommen wurden, ansehnlich und zeichnete sich durch Aussehen und Haltung vortheilhaft aus. Wegen Kriegsbereitschaft des Regiments werden diesmal keine Beurteilungen vorgenommen und es verbleibt die Kompagnie somit auf ihrem dormaligen Stand von 150 bis 160 Mann. — Wie durch die „Karlsru. Ztg.“ mitgetheilt wurde, kauften um das Gemeinwohl besorgte Männer im verfloſſenen Winter unter Garantie der Stadtkasse einen Kartoffelvorrath um ca. 7000 fl. zusammen, um solchen in kleinem Maße an Arme oder Unbemittelte wieder zu ver-kaufen und durch einen nach der Einkaufssumme normirten fixen Preis eine etwaige Theuerung der Kartoffeln zu paralyfieren. Trogdem, daß bei diesem Wohlthätigkeitsgeschäfte ca. 1500 bis 2000 fl. verloren gingen, wäre dessen Wiederaufnahme dennoch zu wünschen, eben weil es ein Wohlthätigkeitsge-schäft, und weil es am Ende einerlei, ob jene Verlustsumme direkt oder indirekt an Arme verausgabt wird, letzteres so-gar noch vorzuziehen ist.

**Freiburg**, 12. Mai. (Freib. Ztg.) Diesen Mittag ist der durch seine kunftvollen Arbeiten auch in weitem Kreise rühmlich bekannte Bildhauer Franz Glanz dahier gestorben. Er litt schon seit langen Jahren an Gicht, und war dadurch vielfältig gehindert, sein schönes Talent so fruchtbringend zu machen, als es Freunde der bildenden Kunst von ihm er-warteten.

**Stuttgart**, 13. Mai. Die seit Montag wieder zu-sammengeretene Kammer hat in ihren fünf Sitzungen der abgelaufenen Woche viele Geschäfte erledigt, und wenn auch zu Anfang einige schwere Wolkens über den Saal hinzogen, so nahmen die Verhandlungen gegen das Ende dieses Zeitab-schnitts einen vollkommen ruhigen Verlauf. Die Einleitung in die wichtigeren Debatten bildete zuerst der Bericht der staatsrechtlichen Kommission über den Gesetzentwurf, betref-fend den Wahlmodus bei gemeinschaftlichen Wahlen durch die vereinigten Kammern der Ständeversammlung. Der Streit drehte sich darum, ob wie früher, relative oder abso-lute Stimmenmehrheit maßgebend sein solle. Bei dieser Ver-anlassung äußerte der Minister des Innern, Frhr. v. Linden: „Wenn die Kammern sich über den Wahlmodus nicht ent-scheiden können, dann müßte die Regierung im Interesse des Dienstes mit ihrem verfassungsmäßigen Oberaufsichtsrecht eintreten.“ Nach einer längern Debatte wurde der Regie-rungsentwurf, der relative Stimmenmehrheit will, mit 43 gegen 34 Stimmen angenommen. In derselben Sitzung wurde auch noch die Berathung der staatsrechtlichen Kom-mission über mehrere Petitionen, das polizeiliche Verfahren in Presssachen betreffend, verhandelt. Die Hauptklagen drehten sich darum: daß die königl. Stadtdirektion sich weigere, den Grund der Beschlagnahme eines Blattes anzugeben, ins-besondere den einzelnen Artikel des Blattes zu bezeich-nen, welcher sie zu ihrem Verfahren veranlasse; daß das Pflichtexemplar nur innerhalb der Kanzleistunden, und zwar Vormittags nur bis 11 1/2 Uhr, solle abgegeben werden dür-fen, und daß es ferner nicht zulässig sein soll, die ganze Auf-lage einer Zeitungsnummer zuerst auf einer Seite abzu-drucken, und erst, wenn mit dem Druck der zweiten Seite be-gonnen werde, das zuerst abgezogene vollständige Blatt der Stadtdirektion als Pflichtexemplar zu übergeben. Auf die Erklärung vom Ministerische, wonach die Behinderung des Drucks jetzt nicht mehr bestehe, die Einhaltung der Kanzleistunden aber in Folge des neuen Eisenbahn-Kur-ses nicht praktisch sei, verließ die Kammer den Gegen-stand und beschloß, bloß in Betreff der Bezeichnung des konfizirten Artikels den königl. Geheimrath um nähere Auskunft, namentlich darüber, ob die frühere Praxis eine andere war, zu bitten. In der Dienstsitzung (Za-gesordnung: Departement des Aeußern) drehte sich der Hauptkampf um die Befolgung des Ministers des Aeußern, dessen Gehalt, wegen der damit verbundenen Repräsentation, von 5000 auf 10,000 fl. erhöht werden soll. Hier gab sich von Seiten der äußersten Opposition eine große Antiposität gegen die Geburt kund und der Abg. Wohl sagte geradezu: „Je mehr man die Gehaltsfragen zu Stellen mache, in welche Männer von hoher Geburt zu treten suchen, desto unfähiger werden die Geschäfte vertreten sein.“ Gegen diesen Ausfall gegen einen ganzen Stand legte der Minister Frhr. v. Linden die ernstlichste Verwahrung ein, und nachdem der Antrag auf Erhöhung der Befolgung abgelehnt war, gab er die kategorische Erklärung ab: „daß die Regierung die finanziellen Verhältnisse dieser Stelle so zu ordnen wissen werde, wie es der öffentliche Dienst erfordere.“ Im Laufe der Debatte hatte er zuvor schon erklärt: „Es sei ein Recht

der Krone, den Aufwand der Minister nach dem wirklichen Bedürfnisse zu bemessen, und die Kammer habe die Pflicht, die Mittel zu der verfassungsmäßigen Ausstattung der Minister zu bewilligen. In der Mittwochsitzung handelte es sich um Erhöhung des Gehalts der Gesandtschaftsposten. Sämtliche Erhöhungsanträge für Gesandte wurden abgelehnt und nur die Erigenz für Kanzleifosten und Legationssekretäre mit 7400 fl. genehmigt. In dieser Debatte äußerte Frhr. v. Linden, als Interimistischer des Aeußern: „Die Krone hat das Recht, das Land nach außen zu vertreten. Wenn man den Gründen der Regierung kein Gehör schenken wolle, so bleibe ihr nur übrig, das Recht der Krone zu wahren; die Regierung trage aber nicht Schuld, wenn Dies zu einem Konflikt führe.“ Als Seeger hierauf einwarf: „für welchen es einen Richter geben wird“, erwiderte der Minister: „welchem ich mich jederzeit gerne unterziehen werde“. Der übrige Etat des Ministeriums des Aeußern wurde nicht beanstandet. Am Freitag erledigte die Kammer in einer Sitzung den Etat des Justizministeriums, in der nur die Befoldungserhöhung des Ministers von 5000 fl. auf 6000 fl. eine längere Debatte hervorrief und schließlich abgelehnt wurde. Die Erigenz von 250,000 fl. zum Ausbau des hiesigen Zellengefängnisses wurde zu einer besondern Beratung zurückgestellt; die übrigen Erigenzen wurden in der Hauptsache nach dem Entwurfe angenommen. Auch die Zivilliste, Apanagen, Wittume u. s. w. gingen in der Samstagssitzung sans phrase vorüber. Gelegentlich der Beratung der landständischen Subventionstabelle erfuhr man, daß für die Jahre 1855/56 und 1856/57 zwei kürzere und 1857/58 eine längere ständische Sitzungsperiode in Aussicht steht. Zur Beratung des Etats des Ministeriums des Innern übergehend, wurde auch hier die Befoldungserhöhung des Ministers von 5000 fl. auf 6000 fl. abgelehnt. Die übrigen Positionen wurden aber, soweit an diesem Tage die Debatte vorrückte, ebenfalls ohne erhebliche Einwände in der Hauptsache genehmigt.

**Bremen, 10. Mai.** An der englischen Küste hat ein schweres Unglück stattgefunden. Das Schiff „John“, Kapit. Bawle, ist gescheitert, und von den unglücklichen Passagieren, die von Plymouth nach Duedek wollten, ist der bedeutend größere Theil in den Wellen umgekommen.

**Hamburg, 10. Mai.** Bekanntlich hat die englische Regierung das Projekt einer Fremdenlegion mit neuer Kraft aufgegriffen; sie hebt zunächst besonders auf die Trümmer der schleswig-holsteinischen Armee ab. Um Leute zu gewinnen, scheint sie sich genöthigt gesehen zu haben, von dem aus den Parlamentsverhandlungen bekannten Gesichtspunkte abzugehen und sich ziemlich auf den früheren Werbepunkt zu stellen. Wie die „Wes. Ztg.“ mittheilt, erhält jeder Soldat 6 Pfd. St. Handgeld. Die Verpflegung und Behandlung während des Krieges ist ganz derjenigen englischer Soldaten entsprechend. Unteroffiziere, Soldaten, und Spielleute empfangen am Ende ihrer Dienstzeit einen Jahreslohn als Gratifikation; sie werden alsdann auch auf Kosten der englischen Regierung, wie es es wünschlich ist, nach ihrer Heimath oder nach Amerika befördert. Die, sei es durch Verwundung oder Krankheit, dienstunfähig gewordene Mannschaft empfängt eine lebenslängliche Pension, deren Betrag jedoch nicht höher sein wird, als die Jahresverpflegungskosten im Hospital zu Chelsea. Werbefaction ist Helgoland, und zwar geschieht die Annahme der Soldaten bereits vom 15. d. M. an. Vorläufig soll eine Brigade, ungefähr 5000 Mann stark, zusammengedrückt werden. Major v. Bassow, aus dem schleswig-holsteinischen Kriege bekannt, wird das erste Jägerkorps kommandiren; Major v. Aller soll Bataillonskommandeur werden. — Unsere Ansicht über diese Fremdenlegion haben wir schon ausgesprochen. Wir sehen in diesen den Legionären nothgedrungen gemachten Konzeptionen keinen Grund, sie zu ändern.

**Berlin, 12. Mai.** Heute Vormittag hatte der diesseitige Bundestags-Gesandte, Hr. v. Bismarck-Schönhausen, eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten. Der österröichische Gesandte Graf Esterhazy hatte dem Ministerpräsidenten gestern in dessen Hotel einen Besuch ab. — Heute Abend trifft die Frau Prinzessin von Preußen nebst der Prinzessin Louise über Weimar aus Koblenz hier ein. Sie verbleiben bis gegen Ende Juni in der Hauptstadt und kehren dann an den Rhein zurück. Die Konfirmation der Prinzessin Louise K. Hoh. findet, wie der „Wes. Ztg.“ mittheilt, am 19. d. M. in der neuen Schloßkapelle des hiesigen Schlosses statt. Im Laufe des Sommers wird die Frau Prinzessin sich wieder auf längere Zeit nach Baden begeben. — Der König fühlt sich von seiner Krankheit bereits so weit hergestellt, daß er die Absicht hat, am nächsten Montag auf dem Exercirplatz an der Hafenhäide eine Truppenbesichtigung vorzunehmen. — Die gewöhnliche Generalkonferenz der Zollvereins-Bevollmächtigten wird, wie nun auch die „Pr. Corr.“ bestätigt, in diesem Jahre nicht stattfinden. — Die Enthüllung der Standbilder York's und Sneyenau's wird am 21. früh ohne alle Feierlichkeit stattfinden, Vormittags aber daselbst eine große Parade der hiesigen Garnison abgehalten werden.

**Wien, 11. Mai.** Den Zeitungsredaktionen ist eine polizeiliche Zuschrift zugegangen, worin sie ermahnt werden, sich in ihren Theaterkritiken in dem Gesichtskreis der Kunst zu halten, und nicht die von dem Kaiser eingesetzten Theater-administrationen in unschätzbare Weise anzugreifen. Veranlassung dazu sollen namentlich die fortgesetzten Beschäftigten des Sappir'schen „Humoristen“ gegen Frn. Laube gewesen sein. — Vor einigen Tagen ist der Großvornik Konstantin Negri aus Jassy hier angekommen. Derselbe wurde, wie bereits gemeldet, von dem Sultan einverständlich mit dem Fürsten bestimmt, bei den Verhandlungen, die auf Grund der Dezemberallianz zur Regelung der Angelegenheiten in den Donaufürstenthümern in Wien beginnen werden, als Vertrauensmann zu fungiren und die nöthig werdenenden Auskünfte zu ertheilen. — In den ersten Tagen der nächsten Woche begibt sich Sr. K. Hoh. Erzherzog Albrecht

nach Siebenbürgen zurück, um das Kommando über die dritte Armee wieder persönlich zu übernehmen.

#### Italien.

**Turin, 8. Mai.** Die Diskussion über das Klostergesetz wurde fortgesetzt; mehrere Redner dafür und dagegen ließen sich heute hören. Die Einschiffung in Genua nimmt ihren Fortgang. Aus Neapel vernimmt man über Genua von einer heftigen Eruption des Vesuvus.

**Genua, 9. Mai.** Gestern hat sich am Bord des „Tripoli“ General G. Durando mit seinem Generalkab nach der Krimm eingeschifft. Hausjuchungen in einem von Emigranten bewohnten Hause führten zu keinem Resultate.

#### Frankreich.

**Paris, 12. Mai.** Der „Moniteur“ veröffentlicht an seiner Spitze die von der kaiserl. Ausstellungskommission erlassene, und von deren Präsidenten Napoleon Bonaparte unterzeichnete Geschäftsordnung für die Operationen der internationalen Jury beim Zuerkennen der Belohnungen. Die erste Zusammenkunft ihrer Mitglieder findet am 15. Juni statt. — Heute kam vor der Kriminalkammer des Kassationshofes Pianori's Refers gesuch zur Verhandlung. Der ex officio ernannte Verteidiger Delaborde, Präsident des Korpus der Advokaten beim Kassationshof, dem die Advokaten Landin und Treneux als Assistenten beigegeben waren, machte gegen das Urtheil des Assisenhofes der Seine zwei formelle Rechtsmittel geltend, insofern erstens Pianori, das französische nicht hinreichend vernehmend, während des Prozesses einen Dolmetscher hätte erhalten müssen, und insofern zweitens im Widerspruch mit Art. 268 der Kriminaluntersuchungsordnung der Präsident der Assisen bei den Verhandlungen zwei telegraphische Depeschen des französischen Geschäftsträgers zu Rom vorgelesen hätte, ohne die Geschworenen zu benachrichtigen, daß sie dieselben nicht als Beweismittel, sondern als bloße Notizen zu betrachten hätten, da sie dem Angeklagten nicht zuvor mitgetheilt worden waren. Generaladvokat de Royer bekämpfte beide Rechtsmittel, und schloß mit den Worten: „Ein Dekret des Kaisers konnte den Staatsgerichtshof einberufen; es lag ein Verbrechen vor, das die gesammte Gesellschaft in Gefahr setzte; er konnte die That vor eine Ausnahmegeheimhaltung verweisen; der Kaiser hat es nicht gewollt, er hat für Pianori blos ordentliche Richter gewollt, er hat sich der Gerechtigkeit der Jury anvertraut, und ich nehme keinen Anstand, es zu erklären, daß das allgemeine Gefühl seinem Vertrauen entsprochen hat. Der Kaiser hat demnach auch gewollt, daß der Kassationsrefers dem Beurtheilten offen bliebe. Sie werden anerkennen, daß die Prozedur regelmäßig und die Strafe gesetzlich angewandt ist, und folglich eine große, notwendige Sühne nicht behindern.“ Der Hof, urtheilend, daß der Prozeß in allen Rechtsformen von Seiten gegangen, verwarf hierauf die eingelegte Beschwerde, womit Pianori alle ordentlichen Mittel erschöpft und nur noch vom Kaiser selbst eine Anberung seines Vooles zu erwarten hat. — Auf der Börse ging heute das Gerücht, daß das Wiener Kabinet hieher und nach London eine Note gesendet habe, in der es den Wunsch ausdrückt, sich, noch neutral zu bleiben, um die erste sich darbietende günstige Gelegenheit zur Anknüpfung von Friedensunterhandlungen ergreifen zu können. Die Kurse, im Ganzen ziemlich gut, hatten doch fallende Tendenz. 3proz. 68.20.

**Paris, 13. Mai.** Der „Moniteur“ bringt heute das Programm der übermorgen stattfindenden Eröffnungsfeier der Industrieausstellung. Dasselbe besagt u. a., daß Prinz Napoleon an der Spitze der kais. Kommission Ihre Majestäten beim Haupteingang des Industriepalastes empfängt und bis zum Thron geleitet. Der Feierlichkeit wohnen bei: Die Mitglieder des Senats, des gesetzgebenden Körpers und Staatsraths, die hohen Zivil- und Militärbeamten und konstituirten Körperschaften, die Inhaber einer Eintrittskarte für die ganze Saison, endlich speziell eingeladene Personen. Eine offiziöse Anzeige im „Moniteur“ macht wiederholt bekannt, daß Ihre Majestäten keine Ausstellungsgegenstände als Geschenk annehmen, sondern sich selbst freie Auswahl vorbehalten. — Es heißt wiederholt, daß Pianori Geständnisse gemacht haben soll, die über den Zusammenhang des Attentats mit der Londoner Emigration keinen Zweifel lassen. Man glaubt daher, daß die englische Regierung sich gegen diese zu strengen Maßregeln veranlaßt finden wird. — Wie man der „Fr. P. Ztg.“ schreibt, ist von der Bildung eines Dillagers und der Verhäufung des Nordlagers die Rede. Auch spricht man von der Zusammenberufung des gesetzgebenden Körpers für den Monat Juni. Es soll sich namentlich um ein neues Anlehen und Vermehrung der Armee handeln. Alles ist jedoch nur Gerücht. — Der erkrankte Oberst Charras ist in eine schmutzige Ehebruchsgeschichte verwickelt, die von der juristischen Presse gegenwärtig erörtert wird. — General Niel ist zum Oberbefehlshaber des gesammten Geniekorps ernannt worden.

#### Spanien.

**Madrid, 11. Mai.** (Tel. Dep.) Die Ernennung des Gesandten Spaniens am Kabinet zu Washington, in Nachfolge des Gesandten Cueno, wurde bis nach Ankunft des nächsten Postschiffes aus der Havannah vertagt. Die Cholera dauert fort, jedoch schwach.

#### Großbritannien.

**London, 11. Mai.** In Folge eines früheren Parlamentsbeschlusses (beantragt durch Lord King) hat die Regierung jetzt einen Ausweis über die seit Beginn des russischen Feldzuges Gefallenen und Verwundeten dem Unterhaufe vorgelegt; diesem Ausweise zufolge waren in den Schlachten der Krimm und in den Laufgräben vor Sebastopol weniger Leute getödtet und verwundet worden, als man bisher angenommen hatte. Von der Kavalerie waren gefallen 11 Offiziere, 14 Unteroffiziere, und 146 Mann; von der Artillerie 6 Offiziere, 5 Unteroffiziere, und 35 Gemeine; vom Ingenieurkorps 1 Offizier und 1 Gemeiner;

von der Infanterie 64 Offiziere, 62 Unteroffiziere, 1000 Gemeine, und 9 Stabsoffiziere; somit im Ganzen von allen Waffengattungen 1360 Mann. Die Summe der Verwundeten beträgt 4540 Mann; davon in der Kavalerie 21 Offiziere, 21 Sergeanten, und 181 Mann; in der Artillerie 9 Offiziere, 10 Sergeanten, und 149 Mann; im Ingenieurkorps 3 Offiziere, 1 Sergeant, und 9 Mann; in der Infanterie 186 Offiziere, 236 Sergeanten, und 3698 Gemeine, nebst 22 Stabsoffizieren. Von den in allen Waffengattungen bleibenden 241 Offizieren sind 20 an ihren Wunden gestorben. Die Zahl der im Feldzuge getödteten Pferde beläuft sich auf 381 Stück; 1466 gingen durch andere Momente zu Grunde.

Betreffs der Fremdenlegion haben wir vor einigen Tagen mitgetheilt, daß in Helgoland und Ehorncliffe Depots für 5000 Mann angelegt werden, daß General v. Stutterheim zum Kommandanten, Oberst Kintock zum Inspektor, und Oberst Woolbridge zum Brigadegeneral der Legion ernannt worden seien. „Chronicle“ bemerkt heute dazu: „Die Anwerbung der Fremdenlegion macht gute Fortschritte, und das Kriegsministerium sorgt mit Eifer für die Anstalten zu deren Ausrüstung. Bergangenen Montag begab sich Oberst Woolbridge nach Dover, um dem Mayor und den Stadtbekörden daselbst die Anzeige zu machen, daß eine Abtheilung der Fremdenlegion jeden Augenblick in Dover eintreffen könne, und daß dafür gesorgt werde, damit die Anwesenheit so vieler Ausländer keine Verwirrung in der Stadt hervorbringe.“ Das war am Montag. Bis zur Stunde ist unseres Wissens noch keine Meldung von Dover über die Ankunft irgend einer Fremdenlegionsabtheilung hier angelangt. — Noch finden wir im „Chronicle“ folgende, unter den gegenwärtigen Verhältnissen etwas sonderbar klingende Notiz, die wir dem kontinentalen Leser hier wörtlich abschreiben: „Die Krimm soll angebaut werden. Eine große Firma, die in Sämereien Geschäfte macht, hat von Kapitän Dacres, dem Superintendenten der Admiralität in Southampton, im Namen der Regierung den Auftrag erhalten, sehr große Quantitäten Gras- und Gemüsesamen für die Krimm zu liefern. Diese Waare ist in Kisten zu verpacken und an Kapitän Henry Keppel, von J. M. Schiff St. Jean d'Acce, per Adresse: Admiral Bexer, abzuliefern.“

In der gestrigen Sitzung des Sebastopol-Komitees wurde Lord Hardinge vernommen und gab unter Anderm folgende Aufschlüsse: Als ich, sagte er, im März 1852 an die Spitze des Zeugamtes trat, fand ich 40 bis 50 Feldbatterien vor, alle aus der Zeit der Schlacht bei Waterloo. Ich reichte bei Lord Derby eine Denkschrift ein, in der ich diesen Zustand der Artillerie für gefährdend erklärte und die sofortige Anschaffung von 300. Kanonen mit je zwei Wagen empfahl. Lord Derby ging darauf ein, ebenso die nachfolgende Regierung, so daß wir jetzt in der Krimm 78 vollkommen bespannte und bediente Feldgeschütze haben. Einige davon, zum Schritt halten mit der Kavalerie bestimmt, sind 6-Pfünder, die Mehrzahl 9-Pfünder; zwei Batterien bestehen aus 18- und 24-Pfündern, und eine besteht aus 32-Pfündern. An Bomben dagegen war durchaus kein Mangel. Ich glaube, die ganze Armee ist jetzt mit der Miniebüchse bewaffnet, aber sie ist von verschiedenem Kaliber; eine Sorte ist nach dem Muster von 1851, die andere nach dem von 1853 hat eine kleinere und vollkommnere Bohrung. Große Ankäufe machte der Herzog von Newcastle in Vättich, etwa 40,000 Stück betragend. 20,000 Stück sind in Nordamerika und sehr viele in Birmingham bestellt. Ich darf sagen, daß etwa 4000 Stück monatlich nach dem Osten gehen. Die legitim abgegangenen Garden nahmen Kommissitäten mit, welche an die Türken abgegeben werden, und werden ihren Borrath von Miniebüchsen in Balaklava vorfinden. — Auf die Frage, wie viele Truppen ursprünglich nach dem Osten beordert wurden, erwiderte Lord Hardinge: 10,000 Mann. Allein bald nachher wurde beschloffen, die Armee auf 25,000 Mann zu bringen. Und gegen Ende des Jahres hatten wir dort einige hundert Mann mehr, als Anfangs beabsichtigt war, nämlich 28,000 Mann. Was die Erhöhung des Handgeldes betrifft, so hat der Generalissimus die Erfahrung gemacht, daß diese Maßregel zum Desertiren verleitet, indem Viele sich nur des Handgeldes wegen anwerben lassen, um dann auszureißen. In der That, die Desertion werde dann als Geschäft betrieben.

#### Malta.

**Malta, 3. Mai.** Bely Pascha ist aus Konstantinopel auf dem „Simla“ mit 250 gefangenen russischen Soldaten und 12 Offizieren angelangt.

#### Neueste Post.

**Wien, 13. Mai.** (T. D. v. A. J.) Die Rückantwort aus Paris und London auf den letzten Ausgleichsvorschlag ist telegraphisch eingetroffen. Sie lautet ablehnend. Die betreffenden Kurierdepeschen sind unterwegs. Ein Gerücht ist im Umlauf, Hr. v. Bourqueney sei abberufen. Sonntagsbörse matt.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 15. Mai, 2. Quartal, 63. Abonnementsvorstellung: Martha, oder: Der Markt zu Richmond, Oper in 4 Aufzügen, v. Fr. v. Flotow. „Lyonel“: Hr. Weixelstorfer, vom königlichen Hoftheater zu Dresden, als letzte Gastrolle.

Mittwoch, 16. Mai. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement: Abschiedsbeneiz des vormaligen Hof-sängers Frn. Rieger: „Großes Konzert“ unter Mitwirkung des königl. württembergischen Kammer-sängers Frn. Fischel. Hierauf: Englisch, Schwan in 1 Akt, von Görner.

# Bernoulli, Vademecum des Mechanikers.

Achte, stark vermehrte Auflage.  
B.829. In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Karlsruhe durch die **S. Braun'sche Buchhandlung**:

## Vademecum des Mechanikers

oder praktisches Handbuch für  
**Mechaniker, Mühlbauer, Ingenieure, Techniker u. Gewerbsleute**

von  
**Joh. Gustav Bernoulli.**

Achte Auflage,  
gänzlich umgearbeitet und stark vermehrt unter Mitwirkung von  
**Friedrich Autenheimer.**

8. In Leinwand gebunden. Preis 2 fl. 12 fr.

Stuttgart und Augsburg, im Mai 1855.

J. G. Cotta'scher Verlag.

A. 634. [5] 5. Karlsruhe.

## Die Union.

Allgemeine deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital: 3 Millionen Thaler,

wovon 2,509,500 Thlr. in Aktien emittirt sind,

Kapitalreserve 33,953 "

2,543,453 Thlr.

Diese Gesellschaft versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden zu festen Prämien ohne Nachschußzahlung.

Die Versicherungen können auf ein und mehrere Jahre geschlossen werden.

Bei Versicherungen auf fünf Jahre werden den Versicherten besondere Vortheile gewährt.

Jede weitere Auskunft ertheilt der mitunterzeichnete Haupt-Agent und seine Agenten, welche auf den Abschluß von Verträgen vermitteln.  
Karlsruhe, im März 1855.

**B. Schweig,**

Haupt-Agent.

A. Verle in Ettlingen, C. Dell in Durlach, F. Mayle in Graben, Agenten der Union.

B.98. [3] 3.

Die

## Wolken- und Bade-Anstalt Kreuth

(im bayerischen Hochgebirge)  
wird am 1. Juni eröffnet.

Es werden wie bisher Schwefel-, Sool- und Mollensbäder, Ziegenmilch und frische Pflanzensäfte verabreicht und besetzen für alle Bedürfnisse festgesetzte Preise.

Besetzungen besetzt man an die Badinspektion Kreuth einzufinden, woselbst auch die gedruckten Satzungen gratis zu haben sind. — Zegernsee, den 3. April 1855.

Seiner

Königlichen Hoheit des Prinzen Carl von Bayern  
Güteradministration.

B.831. [3] 1

## Schwefelbad Langenbrücken.

Unser Bad wird Mitte laufenden Monats eröffnet. Schwefelwasserbäder, Gasbäder, Schlammbäder, Dampfbäder, Douche aller Art, Mücken- und Auswahl von Zimmern, guter Tisch und seine Weine bei billigen Preisen und sorgfältiger Bedienung; — Les- und Billard-Zimmer und angenehme Spaziergänge in den weiten Gartenanlagen.

Die Heilwirkungen unserer Quelle in Krankheiten der Respirationsorgane und Hautleiden, in gichtischen und rheumatischen Leiden, und in Menstrual- und Hämorrhoidalstörungen sind seit langem bewährt und bekannt, und wir erlauben uns nur speziell noch auf die außerordentlichen Erfolge aufmerksam zu machen, welche unsere Schwefelschlamm-bäder in gichtischen und rheumatischen Affektionen chronischer Art, namentlich Lähmungen, und in den hartnäckigsten Hautkrankheiten erweisen.

Das Langenbrücker Schwefelwasser wird je nach Verlangen in ganzen oder halben Krügen jederzeit versendet. — Bad Langenbrücken, im Mai 1855.

**Gebr. Sigel.**

B.744. [4] 3. Karlsruhe.

## Naturalien-Cabinet.

Einem hochgeehrten Publikum empfiehlt Unterzeichnete seine noch nie in solcher Auswahl und Reichhaltigkeit gezeigten Sammlungen, enthaltend:

**Seemuscheln,**  
überhaupt Conchylien,  
**Seegewächse, Corallen und Mineralien,**  
ausgestopfte in- und ausländische  
**Säugethiere, Vögel, Eier, Käfer, Schmetterlinge**

und andere Insekten und Reptilien in größter Mannigfaltigkeit, von der seltensten Schönheit. Ferner eine reichhaltige Sammlung von afrikanischen, sinesischen und anderen Waffen, Schmucksachen, Geräthen, Nützigen zc. zc.  
Sämmtliche Gegenstände sind sowohl zur Ansicht als zum Verkaufe ausgestellt.

Bei der Masse der Exemplare kann ich Naturalien-sammlern wie Schülern den Ankauf zu billigen Preisen empfehlen, wie für letztere besonders der Anblick dieser schönen Naturerzeugnisse lehrreich und unterhaltend ist.

z. Hirsch- u. andere Geweibe, roher Bernstein, seltene Mineralien und Eier zc. werden jederzeit in Kauf und Verkauf angenommen.

Die Sammlung ist aufgestellt im Saale des Museums und täglich von Morgens 8 Uhr bis Abends 7 Uhr geöffnet.

Das Eintrittsgeld von 12 Kreuzern für die Person wird bei Ankäufen in Zahlung angenommen. Soldaten ohne Charge u. Kinder zahlen die Hälfte. Es werden Abonnementskarten ausgegeben, gültig für beliebigen Besuch während der Ausstellung, für 1 Person zu 30 fr., für 3 bis 4 Personen zu 1 fl. Es bittet um gütigen zahlreichen Besuch

**C. A. Platow.**

B.827. [2] 1. Konstanz.

## Bekanntmachung.



In Folge der mit 1. Mai d. J. eintretenden neuen Fahrtenordnung der Königl. Bürttemb. und Vaperischen Eisenbahnen werden unsere Dampfboote bis auf weitere Bekanntmachung

vom 1. Mai an

täglich Morgens 8 1/2 Uhr von Konstanz nach Friedrichshafen, Lindau und Breunz fahren, und Abends nach Antritt der betreffenden Eisenbahnzüge wieder hierher zurückkehren.

Durch diese Einrichtungen ist den verehrl. Reisenden die Bequemlichkeit gegeben, von Konstanz in einem Tage nach Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, sowie nach Augsburg, München zc. und von jenen Plätzen ebenfalls in einem Tage nach Konstanz gelangen zu können.

Abfahrt in Karlsruhe Morgens 6 Uhr 45 M. desgl. in Mannheim " 6 " 40 "

desgl. in Heidelberg " 7 " 20 "

im Anschluß an den in Bruchsal täglich Morgens 8 Uhr 15 M. nach Friedrichshafen abgehenden Bahnzug.

Ankunft des Bahnzugs in Friedrichshafen täglich Abends 6 1/2 Uhr.

Abfahrt des Dampfboots von Friedrichshafen nach Konstanz täglich Abends 7 Uhr; —

Ankunft in Konstanz täglich Abends nach 8 Uhr. Konstanz, den 30. April 1855.

Die Dampfschiffahrts-Verwaltung.  
M a r.

B.745. [3] 3. Nr. 1743. Karlsruhe.

## Arbeit für Seiler.

3600 Stüd Halfterstricke aus Danz sind neu anzufertigen und im Soumissionswege in Lieferung zu geben, weshalb Muster und Lieferungsbedingungen von heute an bis den 15. d. Mis., Abends 6 Uhr, in dem diesseitigen Inspektions-Bureau eingesehen werden können.  
Karlsruhe, den 8. Mai 1855.

Der Zeughaus-Direktor.  
K ö b e l, Oberst.

## Mehl feil.

Eine Partie sehr gutes Gerstemehl zum Kochen und Backen geeignet, empfiehlt zu billigem Preis

**Heinrich Daur in Ulm.**

Lager von mir besigt in Karlsruhe Fr. Sago Krauth.



## Weinverkauf.

B.830. [3] 1. Staufen.  
Hermann Durstert hat 85 Ohm Markgräfler Wein von 1846, 1848, 1849 und 1854 zu verkaufen.

B.604. [3] 2. Karlsruhe.

## Leihhaus - Pfänder - Versteigerung.

In der Woche vom 18. bis 23. Juni d. J. werden in dem Leihhaus-Bureau die über 6 Monate verfallenen Pfänder versteigert.

Freitag, den 1. Juni, ist der letzte Tag, an welchem die über 6 Monate verfallenen Pfandscheine zur Verzinsung noch angenommen werden.  
Karlsruhe, den 1. Mai 1855.

Leihhaus-Verwaltung.  
L. B e e b e r.



## Fruchtversteigerung.

B.803. [3] 2. Mühlburg.

Freitag, den 18. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr, läßt Unterzeichnete 50 Malter Weizen, 100 Malter Haber, 100 Zentner gutes Wiesensheu öffentlich versteigern. Der Haber ist erste Qualität Frühhaber.  
Mühlburg, den 11. Mai 1855.

J. Imbery.



## Holzversteigerung.

B.832. [2] 1. Gutsch.

Die Gemeinde Gutsch (Amis Hornberg) läßt aus ihren Gemeinewaldungen am Montag, den 21. Mai d. J., Morgens 9 Uhr, auf dem Rathshaus daselbst 800 Stämme tannenes, zu lauter großem Sägen- und Holländerholz sich eignendes Stammholz nach dem Kubiffuß auf dem Stocke unter sehr annehmbaren Bedingungen öffentlich versteigern.

Die Liebhaber werden hiezu höflich eingeladen.  
Gutsch, den 12. Mai 1855.

Das Bürgermeisteramt.  
A b e r l e.

B.815. [2] 1. B. Nr. 224. Langenheinbach.

(Holzversteigerung.) Aus Domänenwaldungen diesseitigen Kreisbezirks werden bis Dienstag, den 22. d. Mis., im Distr. Zannental bei Langenheinbach, 110 1/2 Kst. buchedes, 13 1/2 Kst. birkenes, und 51 1/2 Kst. tannenes Scheitlerholz, 50 1/2 Kst. buchedes, 124 1/2 Kst. gemischtes und 114 Kst. tannenes Prügelholz versteigert. Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr in Langenbach beim Wirthshaus zum Lamm, von wo aus man sich in den Holzschlag begeben wird.

Langenheinbach, den 12. Mai 1855.

Großb. bad. Bezirksförstl.  
K ö f f e l.

B.807. [2] 2. Nr. 2629. Karlsruhe.

## Versteigerung

von altem Schwelkenholze.

Die auf und bei hiesigem Bahnhofs lagernden Abfallhölzer von alten eisernen und stählernen Eisenbahnwagen, bestehend aus 46 Looßen mit ca. 15,000 Kubiffuß, werden kommenden

Wittwoch, den 16. d. Mis.,

Vormittags 9 Uhr,

auf dem Plage selbst in öffentlicher Steigerung veräußert werden.

Karlsruhe, den 11. Mai 1855.

Großb. Post- und Eisenbahn-Amt.  
Der Vorstand: Der Bezirks-Ingenieur:  
(Gez.) W i d m a n n. (Gez.) B ü r k l i n.  
vdt. Bernbacher.

B.826. [2] 1. Basel.

## Bauaffordbegebung.

Die an den Gebäuden des badischen Bahnhofs

dahier noch erforderliche

Schreinerarbeit,

Glaserarbeit,

Schlosserarbeit,

Schloßbederarbeit,

Wiednerarbeit,

Lüngerarbeit, und

Mäherarbeit

soll im Soumissionswege öffentlich vergeben werden. Kostenüberschläge, Affordbedingungen und

Musterpläne zc. können von heute an bis Samstag, den 19. d. Mis., Abends, in dem Bureau der unterzeichneten Stelle, Niedenstraße Nr. 23, eingesehen und daselbst die verfertigten Soumissionsangebote bis Montag, den 21. d. Mis., Vormittags 10 Uhr, abgegeben werden. Die Eröffnung derselben findet zur letztgenannten Stunde statt; wozu die Soumissionen eingeladen sind.

Basel, den 10. Mai 1855.

Großb. badische Bauinspektion für die Eisenbahn-  
Postbauten.  
J. A. d. B.:  
H e m b e r g e r.

B.811. Nr. 14,925. Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Jonas Kern, lediger

Schneidergeselle von Biberach, ist beschuldigt, am 26. März d. J. dem Andreas Bromberger, Pächter

des St. Dullien-Wirthshauses, ein Paar Stiefel

und einen Paletot, zusammen im Werthe von 23 fl.,

und am gleichen Tage dem Fabrikanten Joseph

Bertinger eine silberne Uhr entwendet zu haben.

Joseph Kern, Bruder des Jonas Kern, lediger

Schuhergeselle, ist der Theilnahme an erstem

Diebstahle verdächtig. Beide sind flüchtig. Wir

fordern sie auf, sich binnen 14 Tagen hier zu

stellen, ansonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung

das Erkenntniß gefällt würde. Unter Bezug auf

unser Ausschreiben im Fahndungsblatt Nr. 10,091

bitten wir unter Einem um Fahndung auf die beiden

Beschuldigten und um Anzeige im Falle der

Feindung. Jonas Kern ist 21 Jahre alt, mittlerer

Größe, unterleinen Körperbaues, hat ein

vollständiges, Schnurrbart und Haar von dunkler

Farbe. Er trug einen schwarzen Oberrock und

eine Sommerhose von druckartigem Zeuge. In

seinem Besitze befinden sich vielleicht die entwendeten

Gegenstände. Der Paletot ist von schwarzbraunem

Zeuge, waifirt und abgenäht, mit Schnüren zum

Schliefen versehen, und Verzierung um die Knöpfe; von diesen fehlten 2 auf der rechten Seite. Die

Stiefel sind neu, aus Kalbleder, die Absätze mit

Sinken versehen, die Sohlen ohne Nägel, das

Bordereisen mit rothem Seffian gefüttert. Die

Uhr ist eine Spindeluhr von mittlerer Größe, silberne,

einfachem Gehäuse, schwarzen römischen

Ziffern und messingenen Zeigern; auf der Messing-

platte im Innern ist der Name „Ganter“ gravirt

und auf dem, oben abgekanteten, silbernen Knopfe

eine Zahl, wahrscheinlich 965. Joseph Kern ist

20 Jahre alt, größer als Jonas Kern, er hat eine

blasse, dunkle Gesichtsfarbe, braune Haare, keinen

Bart, die beiden mittleren oberen Vorderzähne

sind bemerkbar auseinander; sein Hod ist blau,

mit Kragen und Aufschlägen von Sammt; er trägt

ferner Hosen und Mägen von schwarzem Tuch.

Freiburg, den 9. Mai 1855. Großb. bad. Stadt-

amt. S e p e r l i n.

B.825. Nr. 11,868. Müllheim. (Aufforderung und Fahndung.) Die ledige Anna Maria

Wagner von Dattingen ist anstandslos, am

25. v. Mis. der Wittwe G i s u Buggingen, und

ebenso der Wittwe W e b e r daselbst je zwei Pfüner

entwendet zu haben. Da der Aufenthalt der Anna

Maria Wagner darüber unbekannt ist, so wird dieselbe

aufgefordert, sich binnen 3 Wochen darüber

zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach dem

Ergebnisse der Untersuchung gefällt werden wird.

Zugleich erlaube ich die Gerichts- und Polizei-

behörden, auf die Wagner zu fahnden und sie im

Vertragsfalle an uns abzuliefern.

Müllheim, den 9. Mai 1855.

Großb. bad. Bezirksamt.  
L a n g.

B.818. Nr. 4670. Rheinbischofsheim. (Auf-

forderung.) Restant Johann Christian G e h-

hardt von Neustadt, einachtzig zu dem großb.

4. Infanterieregiment, hat sich dem Einrücken in

den Dienst durch die unerlaubte Entfernung aus

seiner Heimathsgemeinde entzogen.

Derselbe wird aufgefordert, innerhalb vier

Wochen sich entweder bei dem großb. Regiments-

kommando in Konstanz oder dahier zu stellen und

seiner Militärdienstpflicht zu genügen, widrigenfalls

er des Staats- und Disziplinarrechts für verlustig

erklärt und in die gesetzliche Refraktionsstrafe ver-

urtheilt werden wird. — Rheinbischofsheim, den 10.

Mai 1855. — Großb. bad. Bezirksamt. E r t e r.

B.820. Nr. 19,182. Mosbach. (Urtheil und

Fahndung.) J. H. S. gegen Franz Jakob S e-

gewitz von Lohrbach, wegen Fälschung einer Pri-

vatentunde, hat das großb. Hofgericht des Unter-

reichtums, II. Cr. Sen., mit Urtheil vom 10. April

d. J., Nr. 3608, zu Recht erkannt: „Franz Jakob

S e g e w i z von Lohrbach sei der betrügerischen Fer-

tigung und Vernichtung einer auf den Namen des

Kronenwirths Jakob R ö s c h von Lohrbach lauten-

den Urkunde, somit der Fälschung einer Privat-

urkunde und des Gebrauchs derselben aus Gewinn-

sucht für schuldig zu erklären, und deshalb zu einer

Antegefängnisstrafe von 8 Tagen, so fern in eine

Geldstrafe von 15 fl., wofür wegen Unmöglichkeit

seiner Antegefängnisstrafe von 8 Tagen eintritt,

sowie zur Trauung der Kosten des gerichtlichen

Verfahrens und der Vollstreckungskosten verurtheilt.“

— Dies wird dem sächtigen Angeklagten auf die-

sem Wege bekannt gemacht, und wir erlaube

gleich die betreffenden Behörden, den S e g e w i z

im Vernehmungsfalle wieder einzuliefern zu lassen.

Mosbach, den 9. Mai 1855. Großb. bad. Bezirks-

amt. v. G ö l e r.

B.816. Nr. 11,689. Müllheim. (Veräu-

mungserkenntniß.) Da innerhalb der ange-

setzten Frist Niemand bingliche, lebensrechtliche oder

freiwilligkeitsmäßige Ansprüche an die durch Paul

W e d m in Tannentisch käuflich erworbene 3/4 Ra-

schen Bad im Schorner, B. Nr. 2276, neben Jo-

hann Hoffmann von Hertingen und Martin K o-

mer's Erben von Kiedlingen, in Feuerbacher G-

emarkung gelegen, erhoben hat, so werden alle etwa

noch existirenden Ansprüche der genannten Art dem

nummerigen Besitzer Paul W e d m in Tannentisch

gegenüber für erloschen erklärt.

Müllheim, den 7. Mai 1855.

Großb. bad. Bezirksamt.  
L a n g.

B.814. Nr. 13,380. Karlsruhe. (Schulden-

liquidation.) Ueber die Verlassenschaft des

Goldarbeiters Heinrich Paas von hier ist Cant

erkannt und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und

Vorgangverfahren auf Donnerstag, den 24.

Mai 1855, Nachmittags 3 Uhr, anberaumt worden.

Es werden daher alle diejenigen, welche aus

was immer für einem Grunde Ansprüche an die

Masse machen wollen, aufgefordert, solche in der

angordneten Tagfahrt, bei Vermeidung des Aus-

schlusses von der Cant, persönlich oder durch ge-

hörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich an-

zumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder

Unterpfandsrechte zu bezeichnen, die der Anmel-

dende geltend machen will